

Vorwort

*Liebe Königs Wusterhausener*innen,*

Bündnis 90/Die Grünen Königs Wusterhausen (B90/Grüne KW) stehen für transparente, bürgernahe sowie verlässliche Politik mit einer klaren Haltung zu einer sozial-ökologischen, nachhaltigen und weltoffenen Stadt. Die Zukunft unserer Stadt wollen wir mit Mut und Herz mitgestalten, dabei setzen wir uns für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Natur und für eine soziale Lebens- und Wirtschaftsweise ein.

Denn direkt vor unserer Haustüre wird über unsere Lebensqualität entschieden: der Facharzt mit Aufnahmekapazitäten in der Nähe, ein Kitaplatz in einer guten und frei wählbaren Einrichtung, eine bezahlbare Wohnung, der ausgebaute Radweg zum Bahnhof, schnelles Internet, der Sport- und Kulturverein, der Erhalt von kleinen Läden in der Innenstadt oder die Bäume und Grünstreifen in unserer Straße. In unserer Stadt wollen wir den Grundstein für ein gutes Leben für alle Menschen legen - Heute, Morgen und auch Übermorgen.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen wollen als politische Kraft der Mitte mit allen demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Akteuren dort zusammenarbeiten, wo es passt und gleiche Ziele angestrebt werden. Die Zukunft lässt sich nicht gegeneinander, sondern nur miteinander gestalten! Als eines der drängendsten Probleme sehen wir den Mangel an Kita- und Schulplätzen in KW. Wir brauchen schnellstmöglich gute und tragfähige Lösungen für diese Probleme. Als politische Kraft der Mitte werden wir in KW mit den Bürgern die bestmöglichen Lösungsansätze finden und umsetzen.

KW ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen – wir müssen jedoch aufpassen, dass der Wachstumsdruck die Struktur und Identität der Ortsteile nicht nachhaltig zerstört. Uns ist bewusst, dass es eine große Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gibt – die Lösung für dieses Problem sehen wir jedoch nicht auf der grünen Wiese, sondern in Verdichtung und Konzentration in den Siedlungskernen. KW braucht eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur! Das bedeutet grundlegende Verbesserungen beim Nahverkehr (ÖPNV) sowie eine bessere Anbindung und Vernetzung der Ortsteile mit Radwegen!

Wir werden uns aktiv gegen Ausgrenzung und Herabwürdigung von Minderheiten – egal ob MigrantInnen, Transgender oder Menschen mit

Behinderungen engagieren. Extremismus, egal welcher Art, hat in unserer Gesellschaft nichts zu suchen. Die Sorgen und Ängste, die der Zuzug von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen mit sich bringt, nehmen wir ernst. Durch bessere Informations- und Inklusionsmaßnahmen wollen wir die Bürger stärker als bis jetzt in die Lösungssuche mit einbeziehen und durch Gespräche und Begegnung für mehr Verständnis für die gegenseitige Situation werben.

Gerade in der größten Stadt des Landkreises ist es wichtig, dass es eine starke Stimme für eine offene Gesellschaft, soziale Teilhabe und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gibt. Denn über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Planeten wird auch hier in Königs Wusterhausen entschieden: „**Global denken, lokal handeln!**“ Für eine Zukunft ohne Angst und mit mehr Mut und Zuversicht am **09. Juni 2024** Bündnis 90/Die Grünen wählen.

Unser 10 Punkte-Programm für die nächste Legislaturperiode:

1. Für die gesamte Stadt (Kernstadt und Ortsteile) muss endlich ein vollständiger Flächennutzungsplan aufgestellt werden.
2. Wir fordern eine barrierefreie Umgestaltung der Schleuse in Neue Mühle.
3. Ein/eine Klimaschutzmanager/-in soll endlich seine bzw. ihre Arbeit aufnehmen.
4. Innerhalb des geplanten Mobilitätskonzeptes fordern wir eine umfassende Bestandsaufnahme und -analyse der Radverkehrsinfrastruktur in Königs Wusterhausen und seiner Ortsteile. Das Mobilitätskonzept muss sowohl ein Zielnetz für den Radverkehr also auch die erforderlichen Maßnahmen beinhalten (Prioritätenliste).
5. Die Jugendarbeit in der Stadt Königs Wusterhausen und ihren Ortsteilen muss schnellstmöglichst verbessert werden. In jedem Ortsteil sollen Räumlichkeiten/Räume in Schulumnähe für Jugendliche nutzbar sein.
6. Wir brauchen eine Onlineplattform, um die Bürgerbeteiligung an wichtigen Projekte und Planungen der Stadt zu vereinfachen.
7. Die Straßenbeleuchtung soll kostengünstig, nachhaltig und insektenfreundlich modernisiert werden.
8. Wir treten ein gegen eine Erweiterung der Kapazität von Wiesenhof. Die Einhaltung bestehender Tierschutz- und Emissionsschutzvorschriften soll verstärkt kontrolliert werden. Verstößen soll konsequent nachgegangen werden.
9. Die Stadt Königs Wusterhausen soll mit gutem Beispiel voranschreiten und auf Gebäuden in ihrem Eigentum Photovoltaikanlagen installieren.
10. Wir fordern eine durchgehende Fußgängerzone in der Bahnhofsstraße.

Wahlprogramm nach Themen

1. Umwelt- und Naturschutz - Ökologisch - Umwelt, Natur Klima!

Wir wollen eine natur- und umweltverträgliche Stadtentwicklung, denn die wunderschöne Natur in und um unsere Stadt muss für uns, unsere Kinder und Enkelkinder erhalten werden.

Deshalb müssen wir Schutzgebiete sowie Lebensräume für Tiere und natürliche Freiräume erhalten. Ein besserer Arten- und Tierschutz lässt sich z.B. durch die Schaffung naturnaher Grünflächen, durch die Umwandlung städtischer Rasenflächen in Blühwiesen und den Verzicht auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel erreichen.

Wir treten für eine gut geplante Innenverdichtung vor Bebauung der grünen Wiese ein. Rücksicht auf die klimatischen Bedingungen und der Erholungswert von Grün in der Stadt sind bei der Planung von Bebauungsverdichtung vorrangig zu bewerten. Gute Beleuchtungskonzepte berücksichtigen neben Sicherheitsstandards und Klimaschutz durch das Einsparen von Strom auch den Schutz der nachtaktiven Tiere.

Königs Wusterhausen braucht ein Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept, welches Maßnahmen sowohl für die Begrenzung der Klimaerhitzung als auch für die Anpassung an den bereits stattfindenden Klimawandel in der Region mit breiter Bürgerbeteiligung und Vernetzung der Entscheidungsträger, der bürgerschaftlichen Akteure, Initiativen, Umweltverbände, Organisationen, Bildungseinrichtungen u.a.beinhaltet.

Für KW wollen wir konkret:

- Vorhandene Waldflächen, Grünanlagen, Schutzgebiete und naturbelassene Flächen in den Ortsteilen sollen erhalten und geschützt werden
- Wir wollen keine Monokulturen in den Wäldern und fördern deshalb den Waldumbau
- KW braucht mehr Blühstreifen statt bewässerungsintensiver Rasenflächen.

- Wir sind gegen den Einsatz von chemischen Düngern, Pflanzenschutzmitteln (Glyphosat etc.) und genmanipulierter Pflanzen.
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende und wartungsarme Leuchtmittel wie LED. Durch intelligente Beleuchtungskonzepte (z.B. Bewegungsmeldern) soll außerdem eine übermäßige Lichtverschmutzung vermieden werden, um nachaktive Tiere zu schützen.
- Der Schutz der Seenlandschaften und Schutz der Biotope sind uns wichtig.
- Konsequente Umsetzung des Lärmaktionsplans, um eine Verbesserung des Lärm- und Emissionsschutzes zu erreichen. Die wichtigsten Maßnahmen dabei sind:
 - Vermeidung von weiterem Lärm und Staub,
 - Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahn- und Autobahntrassen
 - Ausweisung von Tempo 30 an stark befahrenen Straßen
 - Förderung von lokalen Bürgerinitiativen zur Müllbeseitigung, um illegale Müllberge zu bekämpfen.
- Es dürfen keine weiteren Massentierhaltungsbetriebe im Stadtgebiet genehmigt werden! Deshalb treten wir ein gegen eine Erweiterung der Kapazität von Wiesenhof ein. Die Einhaltung bestehender Tierschutz- und Emissionsschutzvorschriften muss verstärkt kontrolliert werden. Verstößen soll konsequent nachgegangen werden.
- Kommunale Aktionspläne gegen Plaste. Wir unterstützen die Einführung von Pfandsystemen für Mehrwegbehälter in Abstimmung mit der örtlichen Gastronomie und die Errichtung von Refillstationen für Wasserflaschen (Trinkwasserbrunnen). Wir prüfen die Möglichkeiten zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer nach Tübinger Modell.
- Unterstützung kommunaler RepairCafés oder kommunaler Gebrauchtgutläden zur Wiederverwendung oder Reparatur von Konsumgütern.

2. Energie und Klimaschutz

Den Strombezug der Stadt wollen wir auf Ökostrom umstellen. Die im Stadtgebiet benötigte Energie soll bis 2030 zu 80% aus erneuerbaren Quellen bezogen werden. Der Energieverbrauch gerade im Bereich Heizung muss durch effiziente Wärmedämmung gesenkt werden. Die kommunale WoBauGe soll hier weiterhin Vorreiter bei der mieterverträglichen Sanierung sein. Den Ausbau der Energieerzeugung vor Ort unterstützen wir, die Bürger*innen sollen gemäß §6EEG daran partizipieren. Wir unterstützen die Gründung von gemeindeübergreifenden Regionalkraftwerken sowie Bürger*innenkraftwerken, um die Wertschöpfung der Strom- und Wärmegegewinnung in der Region zu halten. Über Solardachkataster wollen wir das Potential der Sonnenenergie, insbesondere auf kommunalen Gebäuden und Liegenschaften, sichtbar machen und nutzen. Dabei soll es eine frühzeitige, transparente und intensive Bürger*innenbeteiligung bei den Standortentscheidungen geben.

Für KW wollen wir konkret:

- KW wird zur klimafreundlichen Kommune: Lokale Energiewende, Transformation der Energieversorgung, Steigerung des Ökostromstromanteils, Steigerung der Energieeffizienz
- Wir wollen Nachhaltigkeit und Klimaschutz als Steuerungsziel in den kommunalen Haushalten verankern und umsetzen. Wir setzen uns daher aktiv dafür ein, dass die Stadt Königs Wusterhausen ab 2025 zusammen mit dem Haushalt einen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht.
- Eine kommunale Wärmeplanung soll durch die Stadt erarbeitet und in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Erster Schritt sind Bestands- und Potentialanalyse als Grundlage für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen, die auf erneuerbare Energien setzen.
- Bürgerschaftliches Engagement für den Klimaschutz möchten wir durch Tagungsmöglichkeiten und konkrete Zusammenarbeit unterstützen.
- Es soll die Stelle eines Klimaschutzmanagers geschaffen werden, der das kommunale Klimamanagement zur Umsetzung der lokalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien überwacht.
- Die Stadt Königs Wusterhausen soll mit gutem Beispiel voranschreiten und auf Gebäuden in ihrem Eigentum Photovoltaikanlagen installieren.

3. Mobilität und Infrastruktur

Königs Wusterhausen profitiert von seiner Nähe zu Berlin und ist gleichzeitig Tor zum grünen Umland. Den wachsenden Einwohnerzahlen gilt es, mit auf die Zukunft ausgerichteten, nachhaltigen Mobilitätsangeboten zu begegnen und dort regulierend einzugreifen, wo der wachsende Verkehr zur Belastung und zum Sicherheitsrisiko wird.

Eine moderne Stadtplanung schafft kurze Wege, indem z.B. bei neuen Wohngebieten die Versorgung mit Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten und die Erschließung mit dem ÖPNV gleich mitgeplant werden. Mit der Verabschiedung der Leitlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung im September 2023 wurde in der Stadtverordnetenversammlung auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen eine überparteiliche Grundlage für die Gestaltung künftiger Bauprojekte geschaffen. Wir wollen eine verbindliche Einhaltung dieser Leitlinien bei der Aufstellung neuer Bebauungspläne sicherstellen.

Bei der Städteplanung achten wir auf den Erhalt von Frischluftschneisen, um überhitzten Siedlungen eine Frischluftzufuhr zu sichern. Bei der Gestaltung von Straßen und Plätzen achten wir auf hohe Aufenthaltsqualität. Sie sind nicht nur notwendige Verkehrswege, sondern auch Lebensraum, der unsere Stadt attraktiv macht. Dies kann durch eine gerechte Flächenaufteilung zwischen allen Verkehrsträgern erreicht werden.

Für über 90% der Haushalte ist ein Glasfaseranschluss bis ins Haus (FTTH) möglich und auch wirtschaftlich darstellbar. Das wollen wir umsetzen.

Liegenschaften sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen der Kommune wollen wir grundsätzlich nur im Erbbaurecht oder als Pachtland vergeben. Die Vergabe soll nach inhaltlichen Kriterien (Konzeptverfahren), nicht nach Höchstgebot erfolgen.

Die natürlichste Art der Fortbewegung - das Laufen - stärken wir durch attraktive Fußwege. Das beinhaltet u.a. klare Wegführungen, attraktiv gestaltetes Umfeld mit Sitzmöglichkeiten, sichere Querungsmöglichkeiten von Straßen und die Einrichtung von Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen.

Wir Bündnisgrüne setzen auf den konsequenten Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger an Knotenpunkten wie dem Bahnhof Königs Wusterhausen sich nicht die Füße

in den Bauch stehen, sondern durch attraktive Umsteigooptionen nach und von Berlin sowie in die Ortsteile und ins Umland auch ohne Auto mobil sind.

Deswegen fordern wir, die 10-Minuten Taktung der S-Bahn über Wildau hinaus bis Königs Wusterhausen zu verlängern.

Die Anbindung von Ortsteilen wie Zernsdorf oder Senzig mit Bus bzw. Bahn wollen wir insbesondere in den Tagesrandzeiten deutlich verbessern. Die Busverbindungen zu den Ortsteilen müssen regelmäßig und verlässlich funktionieren.

Wir begrüßen Pläne für ein kommunales Carsharing-Angebot. Eine Verkehrswende wird jedoch nur durch andere, nachhaltige Mobilität gelingen. Wir setzen neben dem ÖPNV dabei insbesondere auf das Rad. Vorhandene Parkflächen an Knotenpunkten von Pendlern wollen wir um kommunale Bike & Ride und Bikesharing Angebote ergänzen.

Durch den Ausbau des vorhandenen Radwegenetzes, bessere Markierungen und mehr Fahrfläche wird der Radverkehr deutlich attraktiver.

Es braucht deutlich mehr und möglichst überdachte Fahrradabstellplätze in den Wohngebieten, vor den Einkaufsmärkten und vor allem am Bahnhof.

Wir wollen außerdem einen Modellversuch für ein kommunales Verleihsystem für Lastenräder starten, um allen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zu geben, dieses Transportmittel im Alltag günstig zu erproben und nutzen.

Nur wer attraktive Alternativen bietet, wird der Dominanz des Autos etwas entgegensetzen können. Wo jedoch der motorisierte Individualverkehr schon heute Belastung und Sicherheitsrisiko ist, ist Abwarten keine Option. Lärm von vorbeidonnernenden LKW und PKW macht krank und gefährdet vor allem unsere Kinder und Fußgänger. Wir setzen für uns für einen Masterplan „Verkehrsberuhigung“ ein, dessen Ziel es ist, die Zahl der Tempo 30 Zonen deutlich zu erhöhen und in Durchfahrtsstraßen auch durch bauliche Maßnahmen die reale Durchschnittsgeschwindigkeit zu reduzieren. Dies gilt insbesondere auch für Ausweichstrecken für den Autobahnverkehr, die z.B. durch Ortslagen wie Niederlehme führen. Vor Kitas, Schulen und Altenheimen fordern wir eine systematische Prüfung, ob durch Zebrastreifen oder Kontaktampeln die Sicherheit erhöht werden kann. Für Fußgänger wollen wir Fußwege nicht nur in Stand setzen, sondern ihnen mehr Raum bieten und die Beleuchtung verbessern.

Den verbleibenden Autoverkehr wollen wir klimaneutral gestalten und Elektromobilität fördern. Dazu gehört der Ausbau von Elektroladesäulen in der Innenstadt von KW.

BER – Luftverkehr begrenzen

Wir wollen dafür sorgen, dass die Ausbaupläne (Masterplan 2040) für den BER endgültig ad acta gelegt werden. Eine dritte Start- und Landebahn schließen wir für die Zukunft kategorisch aus. Die Anwohner*innen brauchen ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Die in der Entgeltordnung vorgesehenen verkehrsfördernden Maßnahmen wollen wir komplett abschaffen und stattdessen empfindliche Lärmentgelte einführen. Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Luftverkehrs- und/oder Kerosinsteuer, die beim Flugverkehr die wahren gesellschaftlichen Kosten darstellt.

Für KW wollen wir konkret:

- Für die gesamte Stadt (Kernstadt und Ortsteile) muss endlich ein vollständiger Flächennutzungsplan aufgestellt werden. Wir fordern eine barrierefreie Umgestaltung der Schleuse in Neue Mühle.
- Wir stehen für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs durch bessere Nutzung der Siedlungs- und Verkehrsflächen ein sowie für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in KW, die dem Prinzip "Innen vor Außen" folgt. Vorhandene Flächen im Innenbereich sollen verdichtet werden, um die Versiegelung in den Randgebieten zu bremsen.
- Wir sind gegen ein weiteres „Ausfransen“ der Ortsteile. Neue Baufelder sollen nur entlang vorhandener Verkehrsachsen freigegeben werden, wobei der Lückenschluss vorrangig ist.
- Die Versiegelung naturbelassener Flächen wollen wir vermeiden. Wo möglich, sollen Entsiegelungen vorgenommen werden.
- Schaffung eines hitzestabilen Lebensraums in der Innenstadt durch Schattenplätze, Trinkbrunnen, grüne Oasen, Begrünung von Fassaden und Dächern (ggf. ergänzend zur Nutzung dieser Flächen zur Energieerzeugung)
- Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum durch Neubau von Mehrfamilienhäusern in der Kernstadt sowie den Ortsteilen ist uns sehr wichtig.

- Wir wollen den Ausbau des Breitbandes im gesamten Stadtgebiet durch Glasfaserkabel. Wo Straßen saniert oder neu gebaut werden, müssen gleichzeitig Glasfaserkabel verlegt werden.
- Innerhalb des geplanten Mobilitätskonzeptes fordern wir eine umfassende Bestandsaufnahme und -analyse der Radverkehrsinfrastruktur in Königs Wusterhausen und seinen Ortsteilen. Das Mobilitätskonzept soll sowohl ein Zielnetz für den Radverkehr also auch die erforderlichen Maßnahmen beinhalten (Prioritätenliste).
- Wichtig sind uns sichere und trockene Fahrradabstellanlagen mit Ladestationen für E-Bikes, sowie der Ausbau von Bike & Ride Flächen (unabhängig vom Fahrradparkhaus) im Bahnhofsumfeld.
- Wir setzen uns für eine schnelle Realisierung des geplanten Radschnellweges über Eichwalde und Zeuthen nach Schönefeld und Grünau ein, so dass auch ein Fahrradpendeln nach Berlin möglich wird.
- Buslinien müssen in der Regel stündlich zwischen 5 und 22 Uhr und durchgehend nächtlich verfügbar sein, dabei sind Rufbus-Konzepte einzubinden.
- Wir wollen eine Etablierung von Bikesharing-Angeboten im Bahnhofsumfeld.
- Wir fordern einen 10-Minutentakt der S-Bahn von und nach KW (S8 und S 46). Dazu ist ein zügiger Ausbau des Nordkopfes des Bahnhofes Königs Wusterhausen erforderlich.
- Eine „Lastenradprämie“ von 1.000 Euro soll die Anschaffung betrieblich oder gemeinnützig genutzter Lastenräder fördern.
- Wir wollen eine Antriebsumstellung auf Strom oder Hybride beim gesamten kommunalen Fuhrpark sowie die energetische Modernisierung kommunaler Wohnungen und Verwaltungsgebäude.
- Die Förderung der Elektromobilität und Ausbau der Ladeinfrastruktur soll weiter vorangebracht werden. Ziel wären öffentliche Ladesäulen in jedem Ortsteil.
- Wir möchten mehr Verkehrssicherheit durch entsprechende Maßnahmen (Shared Spaces, mehr Spielzonen in engen, dicht besiedelten Straßen, da Tempo 30 bereits existent, Bodenschwellen, regelmäßige Kontrollen, Park- und Halteverbote in den Kernzeiten). Insbesondere im Umfeld von Kindertagesstätten, Schulen, Pflege- und Altenheimen wollen wir eine Verkehrsberuhigung und öffentliche Räume mit hoher Aufenthaltsqualität.

- Umgestaltung der Bahnhofstraße als Fußgängerzone mit integriertem Radweg
 - Durch ein Einbahnstraßenkonzept in den Straßen rund um die Innenstadt (Schloßstraße, Eichenallee, Maxim-Gorki-Straße) wollen wir die Verkehrsbelastung dort reduzieren. Den durch die Einbahnstraßenregelung gewonnenen Raum schlagen wir dem Fuß- und Radverkehr zu. So können in allen Straßen ausreichend breite Geh- und Radwege errichtet werden.
 - Wir wollen Mitfahrbänke in der Kernstadt und den Ortsteilen aufstellen.

4. Kita, Schule, Familie, Senioren

Wir wollen unsere Stadt familienfreundlicher gestalten!

Jedes Kind braucht gute Startchancen ins Leben, von Anfang an! Wir wollen die Hebammenversorgung sichern, die Angebote der „Frühen Hilfen“ weiter ausbauen und Netzwerke gesunde Kinder professionalisieren.

Gute Bildungsangebote voranbringen

Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Schulen zu Lern- und Lebensorten entwickeln, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern, ein Leben lang.

Wir wollen gute Schulen. Eine gute Schule ist angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt Unterstützung und ermöglicht individuelle Lernwege. Wir machen auf allen Ebenen Druck für eine bessere Ausstattung der Schulen: finanziell und technisch. Für einen innovativen, digital gestützten Unterricht und an moderne Lernformen angepasste Rahmenbedingungen.

Alle Kinder sollen ausreichend Platz zum Lernen und Spielen in einem gesunden Umfeld haben. Wir setzen uns dafür ein, dass für den steigenden Bedarf an Schulen in Königs Wusterhausen und den Ortsteilen Schulen bedarfsgerecht saniert, erweitert und neu gebaut werden.

Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das Konzept der „Schule für Gemeinsames Lernen“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) übernehmen. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach. Gleichzeitig brauchen wir inklusive Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe. Für Kinder mit Förderbedarf muss ein Nachmittagsangebot bereitstehen.

Kitas sollen zu Bildungsorten weiterentwickelt werden, indem wir mit pädagogischen Konzepten, guter räumlicher und finanzieller Ausstattung, durch Senkung der Betreuungsschlüssel und familiengerechte Betreuungszeiten für mehr Qualität in unseren Kitas sorgen.

Wir wollen die Einführung der Beitragsfreiheit fortsetzen. Bis die Beitragsfreiheit erreicht ist, setzen wir uns für sozial gerechte und vergleichbare Elternbeiträge in den Einrichtungen der Stadt ein.

Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung wie die Kindertagesstätte. Auch hier muss gelten: Gute Qualität der Arbeit, gute Qualifizierung, gute Bezahlung, die über den Mindestlohn hinausgeht, und eine regelmäßige Evaluierung.

Gesundes Essen und ausreichendes regelmäßiges Trinken sind nicht nur Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der Kinder, sondern auch für ihren Lernerfolg. Wir wollen in Kitas, Schulen und öffentlichen Einrichtungen konsequent regionale Produkte und mehr Bio auf den Teller bringen. Damit frisch vor Ort gekocht werden kann, wollen wir eigene Küchen einführen. Anspruchsberechtigte Kinder sollen mit Hilfe der „Bildungskarte“ kostenfrei und unbürokratisch am Mittagessen in Kita, Schule oder Hort teilnehmen können.

Freiräume für Jugendliche schaffen

Jugend bedeutet für uns Möglichkeiten zur freien Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen Voraussetzungen, Räume, Angebote, Beteiligungsmöglichkeiten und vor allem: Freiheiten, sich selbst auszuprobieren. Daher wollen wir Freiräume für Jugendliche schaffen, damit sie ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken können.

Jugendliche brauchen Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde. Dank unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und Jugendbeteiligung verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir wollen die konkrete Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort fördern und unterstützen. Wir befürworten eigene Etats für Kinder- und Jugendparlamente bzw. Entwicklungswerkstätten, denn diese stellen einen Schlüssel in der Beteiligung an der Kommunalpolitik dar.

Teilhabe bedeutet nicht nur Beteiligung an politischen Prozessen, sondern auch Engagement in Ehrenämtern – z.B. bei freiwilligen Feuerwehren, Geflüchteten-Initiativen und in Vereinen. Wir wollen das Ehrenamt für Jugendliche attraktiv gestalten, um deren Verankerung vor Ort zu stärken und anstehende Generationenwechsel zu meistern.

Jede Gemeinde soll eine*n Beauftragte*n für Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen ernennen. (§18a (3) Kommunalverfassung)

Die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit mit politischer, sozialer, kultureller und persönlichkeitsbildender Funktion. Wir wollen sie weiter ausbauen sowie mit und im Interesse der Jugendlichen gestalten.

Gemeinden können Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Wir wollen gemeinsam mit der Jugend vor Ort sogenannte „Solispaces“ entwickeln, in denen zum Beispiel nichtkommerzielle Kneipen, Umsonst-Läden, Tischkicker-Räume und Co-Working-Spaces einen Platz finden können. Es sollen nicht nur Freizeiträume, sondern auch Räume für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN entstehen.

Jugendliche brauchen Zugang zu Kultur, dazu zählen auch Clubs und Discotheken. Wir wollen solche Einrichtungen in Königs Wusterhausen ermöglichen und das Kulturangebot aufwerten. Dort, wo es keine Ausgehmöglichkeiten gibt, wollen wir durch guten ÖPNV dafür sorgen, dass niemand die Nacht zu Hause verbringen muss.

Freizeit- und Arbeitsräume für Jugendliche müssen nicht immer von vier Wänden umgeben sein. Deswegen sollten Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. In Königs Wusterhausen muss dafür gesorgt werden, dass ausreichend legale Badestellen zur Verfügung stehen.

Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit in Bezug auf Gleichberechtigung und queeres Leben, aber auch im Bereich des Drogenkonsums leisten.

Ein guter öffentlicher Nahverkehr sowie gute Internet- und Mobilfunkverbindungen sind Grundvoraussetzung, um konkurrenzfähig zu bleiben, Jugendliche vor Ort zu halten oder Rückkehrer*innen zu gewinnen.

Langfristig sollen Schüler*innen, Auszubildende und Studierende den ÖPNV kostenlos nutzen können. Aufbauend auf das Deutschlandticket wollen wir weitere günstige Ticketangebote für Schüler*innen, Auszubildende, Senior*innen und Familien. Dabei anfallende Mehrkosten muss das Land übernehmen.

In gewohnter Umgebung und in Würde alt werden

Die Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen nimmt zu. Weil Senior*innen auf soziale Angebote in Wohnortnähe angewiesen sind, treten wir für die Schaffung von generationenübergreifenden Begegnungsorten,

für Seniorenbeiräte und die Würdigung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements ein. Damit die Bürger*innen möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben können ist eine Umgestaltung der bestehenden Gesundheits-Infrastruktur erforderlich:

- Erweiterung der Angebote für die ambulante häusliche Pflege und die Bildung eines pflegefreundlichen Wohnumfeldes
- Förderung des barrierefreien sozialen Wohnungsbaus und zukunftsweisender Wohnformen wie Generationenhäuser

Sicherstellung einer wohnortnahen medizinischen Versorgung

Wir wollen die Übernahme von Hausarztpraxen durch junge Ärzt*innen erleichtern, Medizinische Versorgungszentren fördern und Projekte wie rollende Arztpraxen vorantreiben. Statt Krankenhäuser zu schließen, wollen wir Kooperation zwischen Kliniken und allen Akteuren der Versorgungskette sowie einen Umbau der Standorte zu modernen sektorenübergreifenden Gesundheitsanbietern fördern. Eine Schließung des Achenbachkrankenhauses ist mit uns nicht zu machen.

Weiterbildung fördern

Wir wollen eine wohnortnahe und aktivierende Weiterbildungspolitik, die Menschen in allen Lebensphasen den Zugang zu Bildungs- und Kultureinrichtungen offenhält und so lebenslanges Lernen ermöglichen. Deshalb unterstützen wir die Volkshochschulen, die die Weiterbildungslandschaft erweitern und durch die Sprach- und Integrationskurse maßgeblich zur Integration von Geflüchteten beitragen. Musik- und Volkshochschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung von Kindern und Erwachsenen. Wir wollen die Grundförderung für die Musik- und Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für faire Honorare und qualifiziertes Personal ein.

Für KW wollen wir konkret:

- Der Ausbau der Kinderbetreuung (Abbau von Überbelegung) soll weiter vorangehen und Gründungsprojekte (gerne auch alternative Konzepte) möchten wir unterstützen und fördern.
- Die Essensqualität in Kindertageseinrichtungen und Schulen muss verbessert werden (Umsetzung von DGE Qualitätsstandards, Berücksichtigung von Bio bei den Ausschreibungskriterien).

- Wir sind gegen Lebensmittelverschwendung und unterstützen Bildungsprojekte für gesunde und ressourcenschonende Ernährung in Schulen und Kitas.
- Es bedarf überprüfbarer Qualitätskriterien für die Einrichtungen in der Stadt - Personaleinsatz/Pädagogik/Kinderschutz.
- Die Praxis bei Neueinstellungen von Erzieher*innen soll überprüft werden, um qualifiziertes Personal zu halten (unbefristete Verträge und Vollzeitstellen).
- Familien mit mehreren Kindern müssen mehr als bisher finanziell entlastet werden, indem wir die Kitagebühren ab dem 2. unterhaltsberechtigten Kind spürbar senken.
- Der Schulaus- und Neubau muss priorisiert vorangetrieben werden (marode Schulen sanieren, geplante Projekte zeitnah umsetzen, private Schulen fördern und damit ein buntes Angebot für alle Kinder schaffen).
- Der Unterrichtsstundenausfall und Lehrermangel muss stadtweit dokumentiert werden, um einen besseren Austausch mit den zuständigen Behörden zu erreichen. Eltern, Kinder und Schulen unserer Stadt dürfen mit der Problematik nicht alleine gelassen werden.
- Wir sind für kostenfreie Nutzung des ÖPNV durch die Schüler*innen.
- Die Jugendarbeit in der Stadt Königs Wusterhausen und ihren Ortsteilen muss schnellstmöglichst verbessert werden. In jedem Ortsteil sollen Räumlichkeiten/Räume in Schulumnähe für Jugendliche nutzbar sein.
- Uns ist die ökologische Erziehung von Kindern sehr wichtig (gezielte Aktivitäten wie z.B. "Schulgarten-Projekte" in Jugendeinrichtungen, in Schulen, in Kindergärten; auch Hühnerhaltung - "Wo kommen die Eier her? - Der Jugendclub Zernsdorf ist in dieser Hinsicht ein positives Beispiel, bei dem Kinder morgens die Hühner füttern, bevor sie zur Schule gehen. Der Club ist nahe der Schule).
- Es müssen als Verbesserung der Freizeitangebote für alle Generationen Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser gebaut und gefördert werden.
- Wir sind für eine Umsetzung einer altersgerechten und wohnortnahen, eines ambulanten Pflegesystems – die Pflege zu Hause oder in Wohngruppen in wohnortnahe Umfeld muss gefördert werden, damit Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Lebensumfeld wohnen bleiben können.

5. Nachhaltiges Wirtschaften – solide Finanzen

Gemeinsam haben wir es in der Hand, unsere Stadt ökologischer, sozialer und weltoffener zu machen. So unterschiedlich und vielfältig wie die Menschen, die hier leben, so unterschiedlich und vielfältig ist unsere Stadt. Wir sind uns bewusst, dass die Problemlagen und Herausforderungen in den Stadtteilen sehr unterschiedlich sind und stehen für eine starke Beteiligung der Ortsbeiräte. Jeder Ortsteil hat das Recht, eigene individuelle Lösungen zu suchen und muss dazu auch die tatsächlichen Möglichkeiten haben.

Grundvoraussetzung dafür ist eine auskömmliche Finanzierung der Stadt. Die kommunalen Unternehmen sollen dazu ihren Beitrag leisten, aber auch andere Finanzierungsinstrumente wie Hebesätze und Gebühren müssen den realen Bedarfen angepasst werden.

Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind für uns die Grundpfeiler der ökologisch sozialen Marktwirtschaft, die wir weiter entwickeln wollen. Unser Ziel ist es, die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren, Ressourcen sparsam einzusetzen, die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair zu verteilen und Armut zu bekämpfen. Bündnisgrüne kommunale Wirtschaftspolitik nutzt die Marktmacht der Öffentlichen Hand, um nachhaltige Beschaffung zu betreiben, unterstützt in der Städteplanung den kleinen und mittelständischen Handel sowie regionale Wirtschaftskreisläufe.

Mittelständische Firmen und Handwerksbetriebe wollen wir stärken, indem wir öffentliche Aufträge und Beschaffung, wo immer möglich, aufgliedert in Fach- und Teillose ausschreiben. Die Ansiedlung mittelständischer Firmen im Gebiet der Stadt soll durch Ausweisung entsprechender Flächen im neu zu erstellenden Flächennutzungsplan unterstützt werden.

Wir bevorzugen eine Stadtplanung zugunsten lebendiger Innenstädte und Dorfkerne mit kleinen, mittelständischen und inhabergeführten Betrieben anstelle weiterer Einkaufszentren auf der grünen Wiese.

Wir treiben die Etablierung von Regionalsiegeln voran und stärken die Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land. So stärken wir die regionale Vermarktung und regionale Wertschöpfungsketten.

Für die Vermarktung vor Ort wollen wir zudem weitere Wochen-, Öko- oder Bauernmärkte mit günstigen Standgebühren auch in den Ortsteilen etablieren.

Für KW wollen wir konkret:

- Wir brauchen ein Haushaltskonzept, dass die Prioritäten nicht auf kurzfristige Investitionen in Einzelinteressen setzen, sondern auf eine langfristige Entwicklung der Stadt zum Wohle aller Bürger*innen, d.h. auf Investitionen in

Kitas und Schulen, Gemeinde- und Familienzentren, Jugend- und Seniorenarbeit, Sport und Kultur, Klimaschutz- oder Radwegekonzepte u.v.m.

- Der Haushalt der Stadt soll für alle transparent und nachvollziehbar sein, damit Abgeordnete und Bürger*innen sie verstehen können. Die Möglichkeiten des doppischen Haushalts sollen so genutzt werden, dass finanzielle Spielräume für politische Prioritätensetzungen sichtbar werden. Einnahmen, deren Quellen und Entwicklung sowie die Ausgaben und Änderungen gegenüber dem Vorjahr müssen nachvollziehbar dargelegt werden.
- Schulden dürfen nur für kommunale Investitionen und nicht zur Finanzierung laufender Kosten aufgenommen werden.
- Den Ausverkauf von Grund und Boden durch die Stadt muss gestoppt werden! Kommunale Grundstücke sollen nur noch auf Erbpachtbasis vergeben werden.
- Investitionen sollen unter sozialen und nachhaltigen Bedingungen erfolgen.
- Wir wollen einen Bürger*innenhaushalt haben, um Spar- und Investitionsvorschläge der Bevölkerung zu erfragen, abzuwägen und so weit wie möglich auch umzusetzen. Damit wollen wir den Bürger*innen ermöglichen, sich an den Entscheidungen über die Ausgaben ihrer Kommune zu beteiligen, insbesondere an Entscheidungen über die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ z.B. für Projekte im Bereich Soziales, Kultur oder Sport. Viele Kommunen in Brandenburg praktizieren das bereits erfolgreich.
- Schon heute machen viele mittelständische Unternehmen vor, das durch Umweltmanagement gespart werden kann. Dies muss auch verstärkt für kommunale Gebäude und Betriebe umgesetzt werden.

6. Kultur, Tourismus, Ehrenamt

Kunst und Kultur ist für eine offene Gesellschaft unverzichtbar und kann in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche Orientierung geben und neue Perspektiven eröffnen. Wir verteidigen die kulturelle Vielfalt und wollen das kulturelle Leben vor Ort beleben und fördern.

Bibliotheken sind wichtige kulturelle Treffpunkte und Teil der öffentlichen Infrastruktur. Wir wollen sie erhalten und als Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

Bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein oder der Tafel: Ehrenamtliches Engagement ist ein elementarer Bestandteil des Gemeindelebens und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Wir wollen es mehr unterstützen und weiter stärken.

Mit Kunstausstellungen, Bandauftritten, Vorträgen und Workshops in Kneipen, Bürgerhäusern und Jugendclubs lassen sich viele Formen der Kunst, Kultur und Bildung vernetzen. Kultur soll zugänglich und aktiv gestaltbar sein. Nur so kann das Interesse an ihr bestehen bleiben. Wir wollen auch mal die klassischen Orte für Kunst, Theater und Musik verlassen und Kultur dort hinbringen, wo sie möglichst viele Menschen erreicht.

Für KW wollen wir konkret:

- Wir brauchen Bürgerhäuser für alle Ortsteile, damit ein kulturelles Angebot durch die Vereine gefördert und erhalten bleibt.
- Zugang und die Nutzung der Bürgerhäuser muss unbürokratisch möglich sein.
- Öffentliche Musik- und Kunstschulen, Ausstellungs- und Aufführungsräume, Volkshochschulen und Bibliotheken bieten ein hochwertiges Angebot an kultureller Bildung, das wir gut ausstatten, erhalten und ausbauen wollen. Die Angebote dürfen nicht als sogenannte „freiwillige Leistungen“ dem Rotstift zum Opfer fallen.
- Wir setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur und eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Die bestehenden Erinnerungsorte wollen wir weiter fördern, pflegen und auch bisher vernachlässigte Orte in den Blick nehmen.
- Wir unterstützen Initiativen zur Ortsgestaltung und Regionalgeschichte wie Heimat- und Kulturvereine.
- Wir wollen den interkulturellen Dialog fördern und verstärkt Projekte unterstützen, die den Austausch mit Migrant*innen und Neuzugewanderten fördern.

7. Demokratie leben – Nein zu Extremismus - Sicherheit

Wir wollen eine Kultur der Transparenz etablieren, die dazu führt, dass mündige Bürger*innen informiert diskutieren und entscheiden können. Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort stärken. Alle Menschen, die hier aufwachsen und leben, wohnen und arbeiten, brauchen Perspektiven für ein gutes Leben. Unser Ziel ist, Teilhabe und Selbstbestimmung für jede und jeden zu ermöglichen. Wir stehen für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft, die die Verschiedenheit der Menschen als Bereicherung versteht und wertschätzt. Dazu wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement weiter stärken.

Bündnisgrüne Kommunalpolitik setzt auf Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger sowohl von Verwaltung als auch politischen Mandatsträger*innen. Das Engagement der Bürger wird durch eine transparente Verwaltung unterstützt, die Vorhaben frühzeitig kommuniziert und betroffene Bürger in die Entscheidungsfindung einbezieht.

Durch unsere Initiative im Landtag ist Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommunalverfassung festgeschrieben. Nun gilt es, Beiräte und Parlamente für Kinder- und Jugendliche zu fördern.

Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Wir wollen gute Bedingungen für eine gelingende Integration schaffen. Flüchtlingskoordinator*innen, Migrationsbeauftragte und Migrationssozialarbeiter*innen sollen die Integration vor Ort koordinieren und fördern.

Die Wohn- und Lebensbedingungen in den Unterkünften wollen wir verbessern und für eine möglichst schnelle, dezentrale Unterbringung in Wohnungen sorgen.

Sollten die Geflüchteten auch nach Erlangung des Aufenthaltstitels in den Unterkünften bleiben müssen, da sie keine bezahlbare Wohnung finden, müssen die Mietkosten angemessen sein.

Wir setzen uns für ein ausreichendes und gut erreichbares Angebot an Sprach- und Integrationskursen ein. Kitas und Schulen wollen wir für den Umgang mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen stärken. Für den Unterricht in den Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen brauchen wir gut fortgebildete Lehrkräfte und ausreichend Schulsozialarbeit.

Für KW wollen wir konkret:

- Bereitstellung einer Onlineplattform, um die Bürgerbeteiligung an wichtigen Projekte und Planungen der Stadt zu vereinfachen. Online-Dialoge für Schwerpunktprojekte in der Region
- Wir setzen uns für Bürgerbeteiligungssatzungen ein, die in verbindlichen Leitlinien nach dem Vorbild Heidelbergs festgeschrieben werden. In diesen

Satzungen können auch über die Kommunalverfassung hinausgehende Beteiligungsinstrumente festgelegt werden.

- Ortsbeiräte und Stadtteilkonferenzen wollen wir u.a. durch verbesserte Informationsrechte und eigene größere Budgets stärken sowie die Möglichkeit schaffen, über ortsteilbetreffende Angelegenheiten direktdemokratisch zu entscheiden.
- Wir setzen uns für einen Ehrenkodex für kommunale Abgeordnete ein, damit diese ihre beruflichen Tätigkeiten und ggf. Abhängigkeiten öffentlich machen, sowie für die Schaffung eines Kodex für kommunale Unternehmen (Grundsätze guter Unternehmensführung). Die Organisation Transparency International sollte hierbei verstärkt eingebunden werden.

8. Öffentliche Verwaltung modernisieren und digitalisieren

Wir wollen die Verwaltung modernisieren und bürgerfreundlicher machen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir nutzen, um Verwaltungsvorgänge einfacher und effizienter zu gestalten und mehr online-Teilhabe zu ermöglichen. Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz sind dabei zwingend erforderlich.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische Strukturen und für die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Ziel ist es, dass im Zuge der ohnehin notwendigen Digitalisierung alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten („Open Data“) proaktiv und zeitnah auf einer Open-Data-Plattform verfügbar gemacht werden. Durch mehr Digitalisierung und Möglichkeiten zur online-Antragstellung wollen wir den Gang zum Amt überflüssig zu machen, wenn gewünscht.

Wir wollen die Grundlagen für eine erfolgreiche Digitalisierung schaffen: Ausreichende Ausstattung des IT-Service, unbedingte Beachtung von Sicherheits- und Datenschutzstandards bei Ausschreibungen, Beachtung der Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software und langfristig eine Umstellung auf freie und quelloffene Software. Wir brauchen eine leistungsstarke Verwaltung mit gut ausgebildeten Beschäftigten, mit tariflicher Bezahlung und einer auskömmlichen Personalausstattung.

Für KW wollen wir konkret:

- Wir brauchen eine Online-Beteiligungsplattform für wichtige Projekte und Planungen der Stadt.
- Es soll eine Stadt-App für Informationen und Angebote in der Stadt entwickelt und betrieben werden, um Termine und Angebote der Stadt einfacher zugänglich zu machen.
- Bei Ausschreibungen soll die Verwendung von quelloffener Software als Bewertungskriterium eingeführt werden.
- Es müssen ausreichende Fortbildungen und Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen sichergestellt werden.
- **Tätigkeiten wie Wachschatz und Reinigungsleistungen dürfen nicht weiter an private Firmen vergeben werden. Soweit möglich, sollen bereits an private Unternehmen vergebene Aufgaben wieder kommunalisiert werden.**